

Senatsbeschlüsse

der 117. Sitzung des Senats

am 12.09.2017, 11:15 Uhr

- 2923.) Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.06.2017
(Vorlage 1539/19)
-

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1539/19 den als Anlage beigefügten Bericht über die sonstigen Sondervermögen zum 30. Juni 2017 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Bericht dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

- 2924.) "Vorkurse im Schuljahr 2017/2018 an den Schulen im Land Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1540/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1540/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 01.08.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Antwort auf Frage 3 wird die Zahl „111“ durch die Zahl „131“ ersetzt und das Sternchen in der Tabelle nach der Zahl „1“ ersatzlos gestrichen.
- In der Antwort auf Frage 20 wird im zweiten Satz das Wort „freiwillig“ ersatzlos gestrichen.

2925.) "Pilotprojekt Beschäftigung in Bremerhaven – ja oder nein?"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1541/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1541/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - Unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ werden im letzten Satz die Worte „Dezernat III des“ ersatzlos gestrichen und das Wort „Magistrats“ durch das Wort „Magistrat“ ersetzt.
 - In der Antwort auf Frage 2 wird im dritten Absatz in der Anrede das Wort „Bonath“ ersatzlos gestrichen.
 - In der Antwort auf Frage 4 werden im letzten Satz die Worte „dem Vorhaben“ durch die Worte „der Konkretisierung des Vorhabens“ ersetzt.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2926.) Umsetzung Programm "Zukunftsorientierte Verwaltung" (ZOV)
"Optimierung des bremischen Forderungsmanagements - Entwicklung des Forderungsbestands / Altforderungen"
(Vorlage 1542/19 und Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 11.09.2017)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 11.09.2017 den Sachstandsbericht des Projektes „Optimierung des Forderungsmanagements“ zur Entwicklung des Altforderungsbestands zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Ressorts, die Altforderungen konsequent und unverzüglich abzubauen.

3. Der Senat beschließt zur Unterstützung der bremischen Ressorts die Aufarbeitung des Altforderungsbestands durch die „Task Force“ im Geschäftsbereich der Senatorin für Finanzen zu begleiten. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die in ihrem Geschäftsbereich liegenden Maßnahmen umzusetzen und zum 28.11.2017 hierüber zu berichten.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen im 1. Quartal 2018 einen Gesamtbericht über den Stand der Umsetzung im Rahmen des Programms „Zukunftsorientierte Verwaltung“ (ZOV) vorzulegen.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Umsetzung der Maßnahmen mit einem Controlling zu begleiten und dem Senat künftig im Rahmen der Umsetzung des Programms „Zukunftsorientierte Verwaltung (ZOV)“ zu berichten.

2927.) Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - Juni 2017 (mit Jahresprognose 2017)
(Vorlage 1543/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1543/19 den beigefügten Controllingbericht zum Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2017 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten.
2. Der Senat bittet diejenigen Ressorts, in denen sich Personalmehrausgaben abzeichnen, Ausgleichsmaßnahmen beruhend auf ressortinternen Personal- und Finanzierungskonzepten zu entwickeln und bis zum Controlling 1-8/2017 vorzulegen. Der Senat bittet die betroffenen Ressorts weiterhin um ein restriktives personalwirtschaftliches Handeln.

3. Der Senat bittet den Senator für Inneres, die prognostizierten konsumtiven Mindereinnahmen im Bürgerservice und bei der Kfz-Zulassung anhand der entsprechenden Fallzahlenentwicklung (Perioden 1-8/2017) im Abgleich mit den zu Grunde gelegten Planwerten im Controllingbericht 1-8/2017 darzulegen.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung die Ermittlung des Mittelabflusses 2017 im Zusammenhang mit der noch abzudeckenden Verpflichtungsermächtigung für das „Sonderprogramm Mobilbauten“ bis zum Controlling 1-8/2017 abzuschließen und hierüber im dazugehörigen Controllingbericht zu berichten.

2928.) Zentrales Finanzcontrolling
Monatsbericht Januar bis Juli 2017
(Vorlage 1544/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1544/19 den Monatsbericht Januar bis Juli 2017 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend zu informieren.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, ab dem Jahresbericht 2017 des Zentralen Finanzcontrollings die Analyse sozioökonomischer Rahmendaten aufzunehmen und diese ggf. in die unterjährige Berichterstattung zu integrieren.

2929.) "Steuerprüfungen bei Steuerpflichtigen mit bedeutendem Einkommen in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1545/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 29.08.2017)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 29.08.2017 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2930.) "Studentisches Wohnen in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1546/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1546/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2931.) "Wie kommt die gemeinsame Krankenhausplanung der Länder Bremen und Niedersachsen voran?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 18)
(Vorlage 1547/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1547/19 die vorliegende Antwort der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 28.08.2017 auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der Fraktion der CDU „Wie kommt die gemeinsame

Krankenhausplanung der Länder Bremen und Niedersachsen voran?“ vom 23.08.2017 mit der Maßgabe folgender Änderungen:

- Unter „A. Problem“ werden nach den Worten „Wir fragen den Senat“ die drei Fragen fortlaufend durchnummeriert.
- Unter „B. Lösung“ wird
 - das Wort „Vorbemerkung“ ersetzt durch die Worte „zu Frage 1:“
 - im zweiten Absatz nach dem Wort „Frage“ die Zahl „1“ ersetzt durch die Zahl „2“
 - im dritten Absatz nach dem Wort „Frage“ die Zahl „2“ ersetzt durch die Zahl „3“

2932.) Gesetz zur Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes (Vorlage 1548/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1548/19 den Entwurf des Gesetzes „Gesetz zur Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- Unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ werden im letzten Satz hinter dem Wort „hat“ die Worte „dem Gesetzentwurf am 30.08.2017 zugestimmt und“ eingefügt.
- Im Gesetzestext wird nach „§ 5 Vergabe von Aufträgen nach Einholung von Vergleichsangeboten“ die Zahl „3“ ersatzlos gestrichen.

2933.) Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes (Vorlage 1549/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1549/19 den Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes sowie die

Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 2934.) Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer
(Vorlage 1550/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 12.09.2017)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 12.09.2017 den Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 2935.) Entwürfe der Haushaltsgesetze und der Haushaltspläne für die Jahre 2018 und 2019; Finanzplanung 2017 bis 2021
(Vorlage 1551/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1551/19 die beigefügte Mitteilung des Senats zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018/2019 sowie zur Finanzplanung 2017 bis 2021 einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung und deren unverzügliche Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).
2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1551/19 die beigefügte Mitteilung des Senats zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Jahre 2018/2019 sowie zur Finanzplanung 2017 bis 2021 einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung und deren unverzügliche Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft.

3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass die Senatorin für Finanzen für den Haushaltsplan 2018/2019 des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr eine Austauschseite der Seite 305 vorlegen wird, in der bei der Haushaltsstelle 3687.88411-5 folgender Sperrvermerk ergänzt wird:
„Die Mittel für den bereits beschlossenen Ausbau der Straßenbahnlinien 1 und 8 über Huchting hinaus in die niedersächsischen Nachbargemeinden Stuhr und Weyhe werden freigegeben, wenn dafür Baurecht vorliegt.
Die Freigabe erfolgt durch den Hafa auf Vorlage des Senats.“

2936.) Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
(Vorlage 1552/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1552/19 die in den Anlagen „Priorisierung des Handlungskonzepts Sichere und Saubere Stadt“ vom 6. September 2017“ und „Verstärkungsmittel „Digitale Verwaltung und Bürgerservice“ vom 1. September 2017 dargestellten Maßnahmen und bittet die Ressorts, die haushaltsmäßigen Anträge vorzubereiten. Diese Anträge sind den Haushalts- und Finanzausschüssen spätestens zur Januar-Sitzung zuzuleiten.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, diese Vorlage an die Haushalts- und Finanzausschüsse mit der Bitte um Kenntnisnahme weiterzuleiten.
3. Der Senat bittet die Fachressorts, im Rahmen des Landesprogrammes Digitalisierung und Bürgerservice die Einbeziehung der Stadtgemeinden sicherzustellen.
Der Magistratsdirektor der Stadtgemeinde Bremerhaven wird in die zur Steuerung des Programms eingesetzte Staatsrätelenkungsgruppe aufgenommen.

4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
- unter „D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ im ersten Satz die Zahl „139,2“ durch die Zahl „253,6“ und die Zahl „159,2“ durch die Zahl „280,3“ ersetzt wird.
 - unter 2.2 c) „Neuausrichtung des Waffenkonzepts“ der letzte Absatz gestrichen und folgender neuer Absatz aufgenommen wird:
„Die Rechtmäßigkeit der Waffenkontrollgebühr ist inzwischen durch das Oberverwaltungsgericht Bremen bestätigt worden. Gleichwohl ergeben sich aus der Entscheidung des Gerichts Hinweise, die eine Überarbeitung der Gebührenberechnung erforderlich machen. Diese Überarbeitung erfolgt mit dem Ziel einen möglichst hohen Deckungsbeitrag zu erreichen.“
 - in Anlage 2 unter „A. Problem“ im vorletzten Absatz, der Satzteil „, bei einem in der Vergangenheit häufig reduzierten Personalkörper“ ersatzlos gestrichen wird.
 - in Anlage 2 unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ im vorletzten Satz nach dem Wort „Digitalisierung“ die Worte „und Bürgerservice“ ergänzt werden.

2937.) "Verwendung der Mittel aus Abwassergebühren"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1553/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1553/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
Vor den Worten „zu 1.“ erhalten die ersten beiden Sätze folgende Fassung: „Der Senat beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:“
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2938.) "Einsatz und Förderung von Videodolmetschdiensten"
(Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1554/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1554/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS/DIE GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2939.) "Wie begegnet der Senat den Herausforderungen um die Rekrutierung von Polizei-anwärterinnen und -anwärtern?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1555/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Anlage zur Vorlage des Senators für Inneres vom 06.09.2017 dem Entwurf einer schriftlichen Antwort zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2940.) "Waffenbesitz und Waffenkontrollen"
(Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1556/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 08.09.2017)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 08.09.2017 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS/DIE GRÜNEN mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - „D. Finanzielle, Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ erhält folgende Fassung: „Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Da es

mehr männliche als weibliche Waffenbesitzer gibt, sind mehr Männer betroffen als Frauen.“

- In der Antwort auf Frage 3 wird im letzten Absatz nach dem Wort „gegeben“ wie folgt ergänzt: „(1,5 VZE)“.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

2941.)

Umsetzung Bäderkonzept

(Vorlage 1557/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 11.09.2017 und der Anlage 4)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 11.09.2017 der vorgeschlagene Lösung zum Neubau eines Kombibades und der Sanierung / des Umbaus des Freibades am Standort Horn mit einer Kostendeckelung inkl. Sicherheiten auf insgesamt 25,3 Mio. € sowie der vorgeschlagenen Lösung zum Ersatzneubau Westbad mit einer Kostendeckelung auf 13,7 Mio. € im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zu.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport mit der Senatorin für Finanzen das Bäderkonzept umzusetzen und die entsprechenden haushaltsrechtlichen Voraussetzungen mit der Erteilung von zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen durch den Haushalts- und Finanzausschuss zu schaffen.
3. Der Senat stimmt zu, dass eine Zertifizierung nach dem Passivhaus-Standard für den Standort Horn und am Standort West nicht angestrebt wird. Für die bei der Umweltbehörde zu stellenden Anträge auf Erteilung entsprechender Ausnahmegenehmigungen ist darzustellen, dass die Bäder einen energetischen Standard erreichen, welche die bundesgesetzlichen Mindestanforderungen erheblich übertrifft und dem Passivhausstandard zumindest annähernd gleichwertig ist.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Sport die skizzierten Planungsprozesse zum Hallenbad West so voranzutreiben, dass ein Baubeginn spätestens im Anschluss an die Freibadsaison 2019 sichergestellt werden kann.

2942.) Bildungsplan "Bildung und Erziehung (0-10 Jahre)" – Pädagogische Leitideen
(Vorlage 1558/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 10.09.2017)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 10.09.2017 die Anhörungsfassung der Pädagogischen Leitideen des Bildungsplans „Bildung und Erziehung (0-10 Jahre)“ der Senatorin für Kinder und Bildung zur Kenntnis.
2. Der Senat beschließt vorbehaltlich der Zustimmung der Bremischen Bürgerschaft zu den Haushalten 2018/2019 die Aufhebung der Sperren für das Handlungskonzept „Frühkindliche Bildung und Schule
3. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung über den weiteren Verlauf der Abstimmung durch Vorlage der Endfassung des Bildungsplans „Bildung und Erziehung (0-10 Jahre)“ verbunden mit einem Zeit-/Maßnahmenplan der Implementierung erneut zu berichten.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, diese Vorlage an die Haushalts- und Finanzausschüsse mit der Bitte um Kenntnisnahme weiterzuleiten.